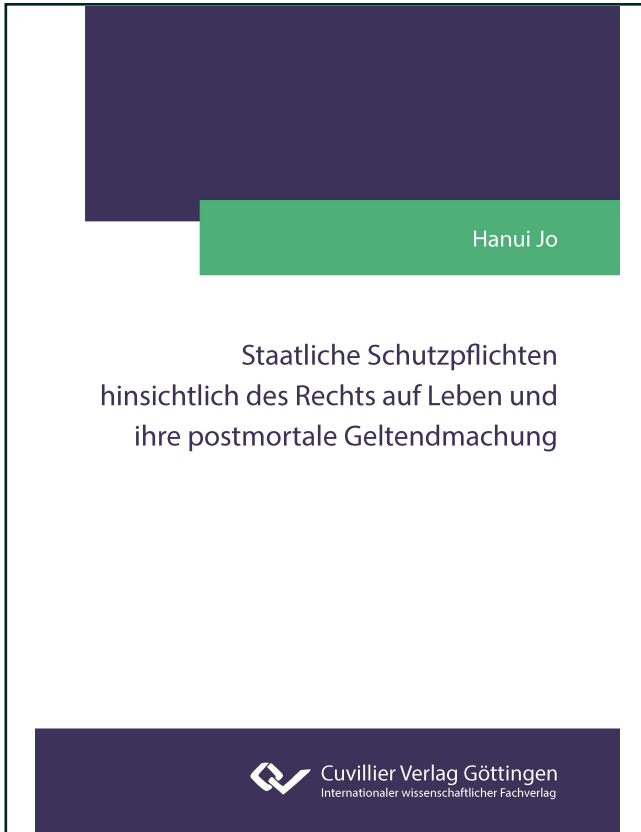




Hanui Jo (Autor)

Staatliche Schutzpflichten hinsichtlich des Rechts auf Leben und ihre postmortale Geltendmachung



<https://cuvillier.de/de/shop/publications/8671>

Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen, Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: <https://cuvillier.de>

INHALTSVERZEICHNIS

§ 1 Einleitung

A. Problemstellung	1
B. Ziel und Gang der Untersuchung	4

§ 2 Das Sewol-Schiffsunglück und seine justizielle Bewältigung

A. Das Schiffsunglück und die politische Diskussion über das Kentern der Fähre	7
I. Hergang des Sewol-Schiffsunglücks	7
II. Die politische Diskussion über das Kentern der Fähre	8
1. Bericht des Untersuchungszentrums der Staatsanwaltschaft	8
2. Sondergesetz zur Aufklärung des Sewol-Schiffsunglücks und zum Aufbau einer sicheren Gesellschaft vom 19. November 2014	10
3. Sondergesetz zur Entschädigung der Opfer des Sewol-Schiffsunglücks und Unterstützung vom 29. März 2015	10
4. Reaktion der Hinterbliebenen	12
B. Die Sewol/Park Geun Hye-Entscheidung des Koreanischen Verfassungsgerichts vom 10. März 2017	13
I. Ausgangsverhalt der Präsidentenanklage	13
1. Anklagebegründung in Bezug auf das Sewol-Schiffsunglück	14
2. Äußerung der Antragsgegnerin dazu	15
II. Entscheidungsgründe des Verfassungsgerichts	16
1. Verletzung der Schutzpflicht des Rechts auf Leben	16
2. Verletzung der Pflicht zur treulichen Ausübung der Amtsaufgabe	17
III. Bewertung der Entscheidung in der koreanischen Literatur	18

C. Die Entscheidung des Bezirksgerichts Seoul (Zentral) über die Entschädigungsklage der Hinterbliebenen der Unfallopfer vom 19. Juli 2018	21
I. Sachverhalt	21
II. Entscheidungsgründe	22
1. Verpflichtung des Staates für die Entschädigungszahlung	22
a) Rechtswidriges schuldhaftes Fehlverhalten im Amt (Polizeibeamter des Wachschiffs Nr. 123)	22
b) Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Tod der Passagiere des Sewol-Schiffunglücks	23
c) Abweisung der Klagen gegen das rechtswidrige Verhalten der anderen Beamten	24
2. Mitverantwortung des Staates und der Firma Chonghaejin Marin	26
a) Verpflichtung der Fährreederei Chonghaejin Marin zur Entschädigungszahlung	26
b) Verhaftung mehrerer Täter	26
III. Zusammenfassung	26
D. Die Verfassungsbeschwerde der Hinterbliebenen der Unfallopfer	27
I. Antragsgrund	28
II. Problemstellung im verfassungsgerichtlichen Verfahren	30
E. Zusammenfassung	31

§ 3 Überlegungen zur Lösung des Sewol-Falles nach deutschem Verfassungsrecht

A. Verfassungstheoretischen Grundlagen staatlicher Schutzpflichten	35
I. Herleitung der staatlichen Schutzpflicht für das Recht auf Leben	35
1. Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	35
2. Schutzpflicht aus Art. 1 Abs. 1 GG	37
3. Schutzpflicht aus Verfassungsprinzipien	39

a) Rechtsstaatsprinzip	39
b) Sozialstaatsprinzip	41
4. Zusammenfassung	42
II. Adressaten der staatlichen Schutzpflichten	43
1. Staatszwecke und staatliche Schutzpflicht	44
2. Legislative Schutzpflicht	45
3. Exekutive Schutzpflicht	47
4. Judikative Schutzpflicht	48
III. Verwirklichungsphasen staatlicher Schutzpflichten	49
B. Grundrecht auf Leben aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	51
I. Funktionen des Grundrechts auf Leben	51
1. Recht auf Leben	51
2. Abwehrfunktion und staatliche Schutzpflicht für das Leben	52
II. Zeitliche Dimension des Lebensschutzes	53
III. Staatliche Eingriffe und Möglichkeiten ihrer Rechtfertigung	56
C. Problematik einer postmortalen Geltendmachung einer Verletzung der staatlichen Schutzpflicht für das Leben	60
I. Zweck einer postmortalen Geltendmachung	60
1. Anspruchsrecht der verstorbenen Menschen auf Feststellung des Unterlassens der staatlichen Schutzpflicht	60
2. Klärungsbedürfnis und Verlangen der Nachbesserung	62
3. Zwischenfazit	64
II. Konstellationen der postmortalen Geltendmachung	65
1. Verletzung des Rechts auf Leben und Ende der Schutzpflicht	65
2. Voraussetzungen für die postmortale Geltendmachung der staatlichen Schutzpflicht	67
a) Bestand der staatlichen Schutzpflicht für das Recht auf Leben	67
b) Entstehung des Tatbestands des Unterlassens der staatlichen Schutzpflicht	68

c)	Verletzung des Rechts auf Leben durch Tod	69
3.	Konkrete Fälle	69
4.	Möglicher Rechtsweg nach dem Tode bei Unterlassen der Schutzpflicht ...	72
a)	Verwaltungsgerichtliche Verpflichtungsklage, allgemeine Leistungsklage oder Fortsetzungsfeststellungsklage	72
b)	Staatshaftungsklage	74
aa)	Amtshaftungsanspruch gem. Art. 34 GG i. V. m. § 839 BGB	74
bb)	Vergleich zur staatlichen Entschädigung	76
cc)	Stellungnahme	78
c)	Verfassungsbeschwerde	79
III.	Problemstellungen bei einer postmortalen Geltendmachung im verfassungsgerichtlichen Verfahren	80
1.	Zeitpunkt des Vorliegens aller Zulässigkeitsvoraussetzung	81
2.	Problematik im Rahmen der Beschwerdefähigkeit und Grundrechtsfähigkeit des verstorbenen Menschen	82
a)	Beschwerdefähigkeit des verstorbenen Menschen	82
b)	Grundrechtsfähigkeit der verstorbenen Menschen	83
aa)	Postmortaler Persönlichkeitsrechtsschutz	83
bb)	Postmortaler Schutz des Rechts auf Leben	85
3.	Problematik des Rechtsschutzbedürfnisses	86
a)	Grundsatz des allgemeinen Rechtsschutzbedürfnisses	86
b)	Fortführung der Verfassungsbeschwerde trotz des Todes des Beschwerdeführers	87
aa)	Drei Ausnahmefälle der Fortführung des Verfassungsbeschwerdeverfahrens trotz Todes des Beschwerdeführers	87
bb)	Objektive Funktion der Verfassungsbeschwerde	89
c)	Anwendung auf die postmortale Geltendmachung des Rechts auf Leben	92
IV.	Zusammenfassung	94

D. Konkrete Möglichkeiten der postmortalen Geltendmachung einer Schutzpflichtverletzung	96
I. Vertreter-Lösung	96
1. Prozessfähigkeit	97
2. Nicht prozessfähige Partei	98
3. Möglichkeit einer vom Vertreter im Namen des Verstorbenen erhobenen Verfassungsbeschwerde	99
4. Vertreter-Lösungen für Verstorbene	101
II. Prozessstandschafts-Lösung	102
1. Prozessstandschaft	103
2. Verfassungsrechtlicher Grundsatz: Erfordernis einer Beschwerdebefugnis ..	105
3. Prozessstandschaft beim postmortalen Persönlichkeitsschutz	106
4. Anwendungsmöglichkeit der Prozessstandschaft	110
III. Zusammenfassung	111
E. Fazit	113

§ 4 Gegenüberstellung der beiden Lösungsmöglichkeiten

A. Entproblematisierung durch Entschädigungsansprüche	115
I. Deutscher Opferentschädigungsanspruch	115
1. Zielbestimmung	116
2. Anwendbarkeit im Fall der Schutzpflichtverletzung	117
3. Bezug zur Verletzung der staatlichen Schutzpflicht	118
II. Koreanischer Entschädigungsanspruch	120
1. Schutzgesetz für Opfer von Straftaten (Crime Victim Protection Act)	120
2. Sewol-Entschädigungsgesetz	121
III. Stellungnahmen	121

B. Vor- und Nachteile bei der Erhebung einer Verfassungsbeschwerde zur postmortalen Geltendmachung einer Schutzpflichtverletzung hinsichtlich des Lebens	123
I. Neue Möglichkeit zur Feststellung der Nichterfüllung einer Schutzpflicht ...	123
II. Wirkung als Sanktionierung der Schutzlücken	124
III. Funktionelle Grenzen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Rechtsfolge	125
IV. Gefahr der Popularklage durch die Erweiterung des Kreises der zulässigen Beschwerdeführer?	126
V. Gefahr der Explosion der Verfahrenszahl?	128
C. Vor- und Nachteile bei der Lösung über das Entschädigungsgesetz	128
I. Soforthilfe und unbürokratische Hilfe	129
II. Auswirkung des Opferentschädigungsrechts und dessen Grenzen	130
III. Stellungnahme	131
§ 5 Zusammenfassung in Thesen	135
Literaturverzeichnis	139